

# **Regierungsratsbeschluss**

vom 10. November 2009

Nr. 2009/2025

KR.Nr. SGB 148/2009 **PB 34**

## **Legislaturplan 2009 - 2013 und Vollzugskontrolle zum Legislaturplan 2005 - 2009; Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag der Fraktion SP vom 15. Oktober 2009 (Ddl10)**

---

### **1. Antragstext**

#### **C.3.4.3 Stärkung der subjektiven und objektiven Sicherheit**

- Neuformulierung Erläuterung des Handlungsziels: Die subjektive und objektive Sicherheit soll durch einen gezielteren und effizienteren Einsatz aller polizeilichen Ressourcen im Kanton gesteigert werden. Der Zusammenschluss aller vier Polizeikorps und damit die Schaffung einer Einheitspolizei sind in dieser Legislaturperiode zu realisieren.
- Zusätzlicher Indikator: Schaffung Einheitspolizei bis Ende Legislaturperiode 2009-2013.

### **2. Begründung**

Damit mit den vorhandenen Ressourcen die objektive und subjektive Sicherheit im öffentlichen Raum gesteigert werden kann, ist der Zusammenschluss der vier Polizeikorps im Kanton Solothurn sinnvoll und soll vorangetrieben werden. Der Kanton Solothurn ist zu klein, um vier Korps aufrecht zu erhalten. Durch den Zusammenschluss entstehen freie Ressourcen, welche vor einer personellen Aufstockung voll ausgeschöpft werden können.

### **3. Stellungnahme des Regierungsrates**

Nach konstruktiven Verhandlungen mit den Städten und dem Verband der Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) über die Sicherheitsstruktur des Kantons Solothurn wurde eine enge und effizientere Zusammenarbeit der bestehenden Polizeikorps beschlossen. Diese beinhaltet die konsequente Führung der Patrouillen in der Notfallintervention durch die kantonale Alarmzentrale (AZ), mehr gemischte Patrouillen in der Notfallintervention, die Öffnung der wesentlichen Polizeinformationssysteme für die Stadtpolizeikorps, eine verstärkte Anbindung der städtischen Einsatzzentralen an die AZ und eine stärkere Positionierung der Städte im Bereich der lokalen Sicherheit. Zudem wurde eine verbindliche Absichtserklärung für die Schaffung eines gemeinsamen Schalters in den Städten formuliert.

Freiwerdende Ressourcen werden vordringlich zur Erhöhung der polizeilichen Präsenz im öffentlichen Raum eingesetzt. Die subjektive und objektive Sicherheit der Bevölkerung wird dadurch gestärkt.

Am 9. November 2009 haben die politisch Verantwortlichen in dieser Sache eine Medienkonferenz abgehalten und die Öffentlichkeit detailliert informiert.

Die Umsetzung beginnt bereits anfangs 2010 und hat bis Mitte des Jahres abgeschlossen zu sein. Nach zwei Jahren ist eine Evaluation durchzuführen. Nach deren Abschluss werden wir beurteilen, ob sich die auf der Basis dieser neuen Aufgabenteilung engere und effizientere Zusammenarbeit zwischen den vier Polizeikörpers bewährt hat oder ob das Projekt der Einheitspolizei weiter zu verfolgen ist. Der Regierungsrat hat sich mit den Vorarbeiten zur Revision des Finanzausgleichs befasst. Die paritätische Kommission hat in ihrem Bericht vom 15. September 2009 (siehe RRB Nr. 2009/1932 vom 26. Oktober 2009) die Einheitspolizei als eine der Aufgaben vorgeschlagen, die im Rahmen der Aufgabenteilung zu diskutieren sind. Die Ergebnisse der Evaluation werden in diese Arbeiten einfließen.

#### **4. Antrag des Regierungsrates**

Erheblicherklärung mit folgendem Wortlaut:

Der Regierungsrat wird beauftragt, die enger ausgestaltete Zusammenarbeit der vier Polizeikörpers im Jahre 2012 zu evaluieren. Die Ergebnisse werden in die Überlegungen zur Ausgestaltung des neuen kantonalen Finanzausgleichs einbezogen. Oberstes Ziel ist die bürger- und bürgerinnennahe Gewährleistung der subjektiven und objektiven Sicherheit der Bevölkerung unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen.



Andreas Eng  
Staatsschreiber

#### **Vorberatende Kommission**

Justizkommission

#### **Verteiler**

Polizei Kanton Solothurn  
Amt für öffentliche Sicherheit  
Aktuarin Justizkommission  
Parlamentsdienste  
Traktandenliste Kantonsrat